

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1500
Briefkasten Nr. 82.

Nr. 149.

Mittwoch, 30. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Vorkasse. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbereit und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen „Grübler an der Wiege“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis: 10 Pfennig. Anzeigenpreis: 10 Pfennig. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hübner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das Kompromiß im Kreuzfeuer.

Es ist auszugehen, daß die Parteien der Regierungskoalition mit dem festen Willen in die Verhandlungen des Rechtsausschusses eintreten, dem vorliegenden Gesetzentwurf der Reichsregierung über die Fiktionsfindung jetzt endlich seine endgültige Gestalt zu geben. Wie man weiß, ist diese Gesetzentwurf des Reichskabinetts ein Kompromiß, das heißt, sie versucht die Wünsche aller Parteien möglichst zu berücksichtigen und sie auf eine gemeinsame Linie zusammenzuführen. Dem Kompromiß standen sowohl die Deutschnationalen als auch die Sozialdemokraten nicht gerade sympathisch gegenüber. Da der vorliegende Gesetzentwurf wie bekannt verfassungsändernden Charakter hat, entstand aus der Stellungnahme der beiden großen Fraktionen für den Regierungsvorschlag die Aufgabe durch eine weitere stärkere Berücksichtigung entweder der Forderungen der Rechtspartei oder der Forderungen der Linkspartei, eine der beiden Gruppen zu sich herüberzuziehen. Wie nicht anders zu erwarten war, neigten Zentrum und Demokraten mehr zur linken Seite. Das führte zu einer Ausgestaltung des Kompromisses nach einer Richtung hin, die die Opposition auf dem rechten Flügel nur verstärken konnte. Nun behaupten die Sozialdemokraten, daß die Konzeption, die ihnen im Verlauf der Verhandlungen im Rechtsausschuß gemacht wurden, nicht allzu weitgehend seien, daß sie nur formal juristische Fragen berücksichtigen, im Grunde genommen aber den Gesetzentwurf so belassen, wie ihn die Regierung zum Vorschlag gebracht hätte. Diese Behauptung der Sozialdemokraten ist etwas weit hergeholt. Betrachtet man den Gesetzentwurf wie er war, als er dem Rechtsausschuß zuging und vergleicht man mit ihm die Ausgestaltung, die ihm der Rechtsausschuß in Berücksichtigung sozialdemokratischer Wünsche gab, so merkt man schon den großen Unterschied. Nichts desto weniger lassen die Sozialdemokraten sich wie vor erkennen, daß sie mit dem, was sie erreicht haben, nicht zufrieden sind. Daß auch der abgeänderte Gesetzentwurf in der Formulierung, wie er dem Reichstagsparlament zur zweiten Lesung übermitteln wird, nicht ihre Billigung finden kann. Würde man diese Stellungnahme der Sozialdemokraten ernst nehmen, so hätte man festzustellen, daß sich in der leidigen Streitfrage um die Fiktionsfindung auch nicht das Geringste geändert hat. Daß wie vor dem Volksentscheid die Zweidrittel-Mehrheit für die Annahme des Gesetzes notwendig ist, nicht vorhanden ist, demgemäß also das Kompromiß zum Scheitern verurteilt ist. Dies müßte man annehmen, wenn man nicht wüßte, welche Selbstmitleid und Heberausforderungen ein nachrevolutionärer Parlamentarismus zuweilen bringen kann.

Reichskanzler Dr. Marx hat noch vor dem Volksentscheid die Erklärung abgegeben, daß er entschlossen ist, wenn sich in absehbarer Zeit nicht die notwendige Zweidrittel-Mehrheit für die Annahme des Gesetzes bilden würde, er sich zur Auflösung des Reichstages entschließen müßte. Wenn wir auch gerne glauben, daß damals, als der Reichskanzler diese berstete Drohung aussprach, es ihm durchaus ernst mit seiner Absicht war, so glauben wir doch, daß inzwischen wesentliche neue Momente eingetreten sind, die ihm einen solchen Entschluß schwer machen dürften. Dr. Marx ist der Vertrauensmann der Zentrumspartei. Und das Zentrum hat nach den Erfahrungen und besonders nach dem Ergebnis dieses Volksentscheides nicht das geringste Interesse daran, es jetzt auf eine Reichstagsauflösung ankommen zu lassen. Hat doch die Parteileitung des Zentrums in dem vorliegenden Volksentscheid feststellen müssen, daß ein nicht geringer Prozentsatz der für angehängten Wähler der ausgegebenen Parole nicht folgte. Daraus ergibt sich sehr handgreiflich für die Parteileitung die Befürchtung, daß ein Wahlkampf unter der Devise der Fiktionsfindung Stimmenverluste für die Partei mit sich bringen könnte, die nicht willkommen wären. Verständlich daher, daß das Zentrum sein Heißestes tut, das Kompromiß zu retten, um so die drohende Gefahr einer Reichstagsauflösung zu beseitigen.

Die Konzeption, die den Sozialdemokraten im Rechtsausschuß gemacht wurden, haben einen deutlichen Fingerzeig, auf welchem Weg die Lösung gefunden werden soll. Gefunden ist sie noch nicht. Aber man darf annehmen, daß es den Besprechungen, die hinter den Kulissen des Reichstages geführt werden, gelingen wird, die jetzt noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialdemokraten und Regierungskoalition zu beseitigen, zumal auch bekannt wird, daß die Sozialdemokraten sehr nicht mehr einem kommenden Wahlkampf mit dem gleichen Optimismus entgegensehen wie früher.

Immerhin auch, wenn die Einigung zwischen Sozialdemokraten und Regierungskoalition hergestellt ist, besteht doch noch die Gefahr, daß an keinen Nebenmöglichkeiten und unvorhergesehenen Möglichkeiten die getane Arbeit wieder zerfallen wird. Man darf nicht vergessen, daß auch nach einem Uebereinkommen zwischen Regierungsparteien und Sozialdemokraten sechs Mann von der entscheidenden Opposition gegen die Vorlage — Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten — fehlen müssen, um die Zweidrittel-Mehrheit bei sonst vollständiger Besetzung des Hauses zu schaffen. Wie stark die Deutschnationalen entschlossen sind, sich diesen keinen zahlenmäßigen Vorteil nicht entgehen zu lassen, zeigt die Tatsache, daß sie ihre sämtlichen

erkrankten oder aus anderen Gründen beurlaubten Mitglieder telegraphisch zu der zweiten Lesung der Vorlage nach Berlin entboten haben. Annahme oder Ablehnung der Vorlage hängt also an einem dünnen Faden, der von noch nicht sechs Abgeordneten gehalten wird. Auf Verhandlungen darf man daher gewärtig sein.

Glückwunsch des Reichspräsidenten zum Jubiläum des Reichsgesundheitsamtes.

Berlin. (Funkdruck.) Der Herr Reichspräsident hat dem Herrn Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes heute das nachstehende Schreiben zugehen lassen:
Dem Reichsgesundheitsamt erlaube ich zur Feier seines 50jährigen Bestehens meinen Glückwunsch. Aus kleinen Anfängen hat sich das Reichsgesundheitsamt in 5 Jahrzehnten zu einem überragenden Institut der Vorkontrolle für die Gesundheit unseres Volkes entwickelt. Wichtige Entdeckungen, die Gemeinwohl aller Völker geworden sind, sind aus seinem Schoße hervorgegangen und haben seinen Ruf und sein Ansehen über die Grenzen des Vaterlandes hinausgetragen. In den schweren Zeiten des Krieges und den nicht minder drückenden Nachkriegsjahren ist das Amt seinen großen Aufgaben gerecht geworden und hat im Rahmen des Möglichen die schwersten Schäden von unserer Volksgesundheit abgewehrt. Meine herzlichsten Glückwünsche gelten deshalb am heutigen Tage dem Reichsgesundheitsamt und seiner weiteren Entwicklung. Möge es, seiner großen Verantwortung eingedenk, stets zielbewußt und erfolgreich weiter arbeiten für die Gesundheit unseres Volkes und damit für das Wohl und die Zukunft des Vaterlandes!
ges. v. Hindenburg.

Erdberschütterungen auf Sumatra.

(Padang.) An der Westküste von Sumatra wurden in dem Distrikt Padang durch Erdberschütterungen große Verwüstungen angerichtet. Telefon- und Telegraphenverbindungen wurden unterbrochen, die Eisenbahnlinien und großen Verkehrsstraßen zerstört. Die Stadt Padang-Bandjong wurde zum großen Teil zerstört. Man fürchtet, daß noch mehr große Erschütterungen des Oberlandes von Padang betroffen werden sind. Viele Menschen wurden getötet und verletzt. Polizeimannschaften und Kräfte sind heute von der Hauptstadt Padang nach Bandjong abgegangen. In der Stadt Padang selbst sind viele Steingebäude eingestürzt.

(Padang.) Fast alle Gebäude in Padang-Bandjong sind infolge des Erdbebens eingestürzt. Ueber 100 Personen, darunter auch ein Europäer, wurden getötet und viele Menschen verletzt. Weitere wurden nach Fort de Roos übergeführt, wo ebenfalls zahlreiche Gebäude eingestürzt sind. Eine Person wurde dort getötet und zwei verletzt. In Soengetboetoe zählte man 17 Tote und in Solok 15.

Erdbeben in Südwest-Deutschland.

Unmittelbar im Anschluß an die heftigen Erdbeben, die in den letzten Tagen aus den Mittelmeerländern, namentlich aus Griechenland und von der Insel Kreta gemeldet wurden, haben sich in der vorletzten Nacht in einem großen Teil der Schweiz ziemlich heftige Erdstöße ereignet, deren Epizentrum in Südwest-Deutschland, in der Gegend von Freiburg i. Br. war. Dem Hauptstöße voran gingen schwächere Bewegungen. Im Laufe des Tages verzeichnete die Schweizer Erdbebenkarte ein Nachbeben in etwa 350 km Entfernung (wahrscheinlich in Italien) und nach einiger Zeit ein Fernbeben aus etwa 3610 km. Aber stärker noch als auf Schweizerischem Boden hat sich das Beben in der Bodenregion und im badischen Lande bemerkbar gemacht. In Breisach a. Rh. u. B. sind in manchen Straßen tief klaffende Risse, sowie Spaltungen der Häusermauern vorgekommen. Weiter wurde sehr heftig das Erdbeben in und um Eugen und Hohenwiel verspürt. Am heftigsten war der Erdstoß im mittleren und nördlichen Baden, am Kaiserstuhl und insbesondere in der Rheinniederung. In diesen Gegenden und auch entlang der Hauptbahnlinie Offenburg-Freiburg sowie in mehreren Orten des Oberrheins des Rheins waren die Erdstöße so heftig, daß die Leute aus dem Schlaf erwachten. Auf dem Karlsruher Telegraphenamt erlöschten zu der kritischen Zeit die an die Lichtanlage angeschlossenen Lampen. Der Herd der ganzen Erdbebewegung liegt in der Nähe des großen, süddeutschen Bebens von 1911.

Die französische Regierungserklärung.

(Paris.) Die Regierungserklärung, die gestern vom Ministerpräsidenten Briand in der Kammer und vom Justizminister Laval im Senat verlesen wurde, betont u. a.:
Die Zusammenlegung des Kabinetts sei ein Beweis dafür, daß es jede politische Erwägung in den Hintergrund stelle, und sich vom Geiste der weitestgehenden nationalen Verständigung leiten lasse. Der allfällige Abbruch der Marokkokonflikte u. die Erledigung der in Syrien notwendig gewordenen militärischen Operationen würden es Frankreich ermöglichen, sich ganz dem Werke des finanziellen Wiederaufbaues zu widmen. Aber wenn auch die Ausgaben durch die

Einnahmen gedeckt seien, so scheint es doch notwendig, das System, dessen Schwächen die Erfahrung hervortreten lassen, zu reformieren. Es sei notwendig vor allem den Satz der allgemeinen Einkommensteuer und die Steuer auf die Hebertragung mobiler Werte zu ermäßigen. Ein Ausgleich dafür werde in einer neuen Staffelung der Steuererträge gefunden werden. Der Budgetausgleich und die Umstellung des Steuerwesens würden ihre Bedeutung verlieren, wenn man nicht entschlossen an das Problem der Währungsreform herangehe. Man dürfe sich nicht verbieten, daß ernste Schwierigkeiten dem Schatzamt jede Bewegungsfreiheit nähmen und eine künftige Bedrohung für das Leben der Nation darstellten. Die Regierung werde auf Grund des Finanzjahrvertrages dem Parlament die Maßnahmen vorschlagen, die ihr angeht erdienen, die kurzfristigen Verpflichtungen zu tilgen und das Schatzamt wieder in eine normale Lage zu bringen. Der Kern des Problems sei die Währungsreform. Es komme alles darauf an, den künftigen Rückgang des Frankens auszuhalten. Die Regierung werde den ausstehenden Schuldverhältnissen durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Notenbank entgegenzutreten.

Die Regierung verkenne nicht, daß die Reaktion der internationalen Zinsen eine der notwendigen Stützen für eine feste und annehmliche Stabilisierung sei.

Ueber die außenpolitische Lage führte die Regierung aus: Die internationale Lage Frankreichs sei gut. Die gestiegene von nun an mit Verzicht unter ausschließlicher Berücksichtigung der militärischen Väter das Werk der Währungsreform vorbereitenden der Sicherheit Frankreichs an die neue Lage durchzuführen. Vermittels von Schiedsgerichtskommen, die unablässig vermehrt würden, werde man sich bemühen, auf dem Boden des Rechts die friedliche Verwirklichung der Montreux, die früher zu Kriegen führten, zu erreichen. Auf innerpolitischem Gebiete vertritt die Regierungserklärung für die beabsichtigte Wiedereinführung der Währungsreform.

Die Regierung fordert das Parlament auf, ihr mit seinem Vertrauen die nötigen Befugnisse und Mittel anzuweisen.

Das Urteil im Spritschieber-Prozess.

Berlin. (Funkdruck.) Im Berliner Spritschieber-Prozess wurde heute das Urteil verkündet. Der Angeklagte Kriminalkommissar a. D. Peters erhielt, wie das Nachrichtenbüro Deutscher Zeitungsverleger meldet, 2 Jahre drei Monate Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte Kriminalkommissar Meyer 2 Monate Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Hermann Weber eine Gesamtstrafe von einem Jahr 9 Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Heinrich Weber ein Jahr Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, die Angeklagten Gebrüder Siemle 6 Monate Gefängnis, der Angeklagte Gollmann 2 Monate Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Dr. Cantrop wurde freigesprochen. Die empfangenen Beträge des Geldes in Gesamthöhe von 21000 Mark wurden für die Staatskasse verfallen erklärt. Den Angeklagten wurde die erlittene Untersuchungshaft angerechnet. Die Haftbefehle wurden aufgehoben gegen Peters, Hermann Weber, Robert Siemle und Cantrop.

Urteil im Kutister-Prozess.

Berlin. (Funkdruck.) Im Berliner Kutister-Prozess verurteilte heute der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Hübner, wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger meldet, folgendes Urteil: Der Angeklagte Ivan Kutister erhält 5 Jahre Zuchthaus, 4 Millionen Mark Geldstrafe und 10 Jahre Ehrverlust. Der Angeklagte Salomann 1 1/2 Jahre Gefängnis, die Angeklagten Daniel und Max Kutister werden freigesprochen, der Angeklagte Strieder erhält 1 1/2 Jahre Gefängnis, außerdem wird gegen ihn ein Haftbefehl erlassen, weil er geflüchtet ist. Die Angeklagten Grieger, Blau, Stei, Alexander Kutister und Grube erhalten je 6 Monate Gefängnis. Ihnen wird eine Bewährungsfrist von 3 Jahren zugesprochen. Die Untersuchungshaft wird in Anrechnung gebracht.

Abgabe der Sozialdemokraten an den Enteignungsausschuß.

(Berlin.) Der Reichsausschuß für Härtenenteignung hatte nach dem Volksentscheid ein Schreiben an den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei, an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und an die kommunistische Partei gerichtet und die Adressaten aufgefordert, weiter gemeinsam mit ihm für die entschädigungslose Enteignung der Türken gegen den Regierungsentwurf, für die Aufhebung des Reichstages und den Rücktritt der Regierung Marx zu kämpfen. Auf den Brief hat nur die SPD, einstimmig geantwortet, während der ADGB, keine Antwort erteilt hat und der sozialdemokratische Parteivorstand in einem Brief erwiderte, daß er es ablehne, an Verhandlungen, die ein solches Zusammengehen zum Ziele haben, teilzunehmen. Die kommunistischen Agitationsmethoden hätten der Bewegung zur entschädigungslosen Enteignung der Türken auf das schwerste geschadet.
Der Ausschuß erklärt, trotzdem den Kampf fortsetzen zu wollen.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade Riesa a. Elbe. Fernruf 48.